

F. G. Friedmann

Kontinuität und Wandel

Die Vereinigten Staaten im 200. Jahr der Unabhängigkeitserklärung

Wem das Überleben der westlichen Welt am Herzen liegt und wer dazu noch glaubt, daß geistige und kulturelle Faktoren ein unerläßlicher Bestandteil des Überlebensprozesses einer Gesellschaft sind, wird sich angesichts der 200-Jahr-Feier der amerikanischen Unabhängigkeit eine Reihe grundlegender Fragen stellen, für die weder folkloristische Darbietungen noch politische Rhetorik ein Ersatz sein können. Ganz allgemein formuliert: Welche historischen Umstände und Erfahrungen, welche Idealvorstellungen haben zur Unabhängigkeit der Kolonien und zur Konsolidierung dieser Kolonien in einem wohlgeordneten, lebensfähigen Staatsverband beigetragen? Welche Umstände geistiger oder materieller Art haben die Entwicklung der Vereinigten Staaten beeinflußt und welche Gültigkeit haben die ihren Ursprung bestimmenden Werte für die Vitalität und Integrität der Vereinigten Staaten heute?

Man kann bei der „Amerikanischen Revolution“ von dem Zusammenfallen zweier Integrationsprozesse oder Prozesse der Identitätsfindung sprechen: von einem gleichsam historisch-kulturellen und einem, der wohl als philosophisch-institutionell bezeichnet werden kann. Der erste beginnt mit der Gründung von Siedlungen durch angelsächsische Puritaner und setzt sich fort in der Er kämpfung angelsächsischer Vorherrschaft auf politischem und kulturellem Gebiet sowohl gegen konkurrierende europäische Mächte als auch gegen die indianischen Urbewohner. Der philosophisch-institutionelle Integrationsprozeß übernimmt die dem historisch-kulturellen Prozeß inhärenten Werte und Zielvorstellungen als Grundlage der Formulierungen, die in Unabhängigkeitserklärung und Verfassung den institutionellen Rahmen der Fortentwicklung der amerikanischen Gesellschaft bilden. Das Verhältnis der beiden Integrationsprozesse zeigt eine gewisse Analogie zur Hegelschen „Idee“, die gleichzeitig Erfüllung und unerfüllte, weil sich stets weiterentwickelnde geschichtliche Dialektik bedeutet. (Im amerikanischen Fall könnte man aus der Konvergenz der beiden Integrationsprozesse zur Zeit der nationalen Unabhängigkeitsbewegung schließen, daß es sich hier nicht nur um den Ursprung eines Staatsgebildes handelte, sondern auch um den Höhepunkt der geistig-kulturellen Geschichte Amerikas.)

Im Zusammenhang mit der Konvergenz der Integrationsprozesse lassen sich vier Ideen bzw. Verhaltenstypen erkennen: erstens Ideen, die in der europäischen, vor allem in der englischen Geistes- und Sozialgeschichte ihren Ursprung haben; zweitens Ideen, die vom Aufklärungsdenken der Zeit als anthropologische Konstanten oder

allgemeine Prinzipien aus jener Geistesgeschichte herausdestilliert wurden; drittens Ideen und Bewegungen, die aus einem Antagonismus gegenüber gewissen europäischen Einrichtungen und Ideen entstanden sind; und viertens eine von Alltagserfahrung und „common sense“ diktierte Einschätzung des wirklichen Menschen.

Tragende Ideen der Amerikanischen Revolution

Zu den überkommenen Ideen und historischen Erfahrungen gehören unter anderem Calvinismus und Puritanismus, der Gesellschaftsvertrag als Grundlage religiöser und politischer Bindungen, das britische „common law“ sowie die Prinzipien und Praktiken einer Laissez-faire-Ökonomie und eines um seine Rechte und Pflichten besorgten Parlaments.

Was die allgemeinen Prinzipien betrifft, so entsprechen sie dem modernen Naturrecht, das sich ähnlich dem von Thomas von Aquin formulierten mittelalterlichen Naturrecht einer doppelten Legitimation erfreut: von oben her ist es abgesichert als jener Aspekt des göttlichen oder ewigen Gesetzes, den der menschliche Geist erfassen kann; von unten her hat es seine Legitimation im „consent of the governed“, in der Zustimmung der Regierten. Dabei blieb es unerheblich, daß die gebildeten Landbesitzer in den östlichen Küstenregionen „Natur“ auf das Wesen des Menschen bezogen, während für die einfacheren und meist ungebildeten Siedler, die in das Innere des Kontinents vorzudringen begannen, Natur die physische Umwelt bedeutete, gegen die sie sich zu behaupten hatten. Im Gegenteil: War es doch die Parallelität oder Analogie dieser Anschauungen, die zur Grundlage jenes alle Teile der Bevölkerung umfassenden „American way of life“ wurde.

Der Antagonismus wiederum gegen europäische Institutionen war aufgefächert in eine ganze Reihe von Aspekten. Der republikanische Geist, etwa in der Version eines Jefferson, stand im Gegensatz zur Monarchie eines Georg III., dessen Untertanen das Joch historischer Willkür und Irrationalität zu tragen hatten; das Laissez-faire-Denken eines Adam Smith und seiner amerikanischen Adepten war dem Merkantilismus des Mutterlands feind; „consent of the governed“ widersprach dem Gottesgnadentum der Könige und Fürsten; die immer wiederkehrende Möglichkeit des Neuanfangs – im privaten wie im öffentlichen Bereich – widersprach der Determiniertheit des einzelnen durch die überkommene Gesellschaftsordnung; die Sparsamkeit und Selbstgenügsamkeit jener säkularisierten Puritaner, die wir Yankees nennen, stand im Gegensatz zur Überkonsumtion eines verderbten Europas.

Es war die Verfassung selbst, die außer allgemeinen Prinzipien und Vorstellungen eine realistische Würdigung des Menschen, einschließlich seiner negativen Aspekte, enthielt. Sie erkennt sein Streben nach Selbsterfüllung und Solidarität an und garantiert in den ersten zehn Zusätzen, der „Bill of Rights“, „absence of restraints“, Freiheit von all den Kräften, die den Bürger in der Wahrnehmung seiner legitimen Interessen

hindern könnten. Die Garantie selbst impliziert, daß solche Kräfte, etwa der Wille zur Macht, im einzelnen Bürger wie in den Organen der Regierung gelegentlich vorhanden sind. Deshalb die sogenannten „checks and balances“, die verfassungstechnischen Mechanismen, die geschaffen wurden, damit die verschiedenen Regierungsgewalten sich gegenseitig in Schach halten und Übergriffe oder übermäßige Machtkonzentrationen einzelner Organe vermieden werden. Ein ähnliches Resultat wurde von den ursprünglich betont prozedural oder formal konzipierten Regierungsfunktionen erwartet; der Regierung wurde im wesentlichen nur eine Schiedsrichterfunktion im Konflikt der Interessen zuerkannt; sie war nicht aufgerufen, eigene Interessen zu vertreten oder aus den Händen der Bürger Machtbefugnisse entgegenzunehmen, die sich eines Tages deren Kontrolle entziehen könnten.

All dies, vor allem aber die naturrechtlichen Prinzipien und der Antagonismus gegenüber Europa, trugen zu jener Selbsteinschätzung Amerikas bei, die Besonderheit und Auserwähltheit mit exemplarischem bzw. missionarischem Eifer verbindet. Hier handelt es sich nicht nur um das, was zwei Generationen später als „Manifest Destiny“ angesehen wurde, als eine Art kontinentale Prädestination, die die Besiedlung des neuen Kontinents bis zur pazifischen Küste zu einer Aufgabe besonderer Art machte. Bei dieser Selbsteinschätzung ging es auch um die Errichtung einer Demokratie, die man als einzigartige Leistung in der Geschichte des menschlichen Zusammenlebens betrachtete und gleichzeitig als Auftrag, sie universell zu verbreiten. (Man fühlt sich an die Propheten des Alten Testaments erinnert, die die ethischen Grundlagen ihres eigenen, erwählten Volks als allgemein gültige Maximen verkünden sollten.)

Bis zur ihrer Ratifizierung (1789) war die Verfassung Artikulation der dem historisch-kulturellen Integrationsprozeß zugrunde liegenden Prinzipien. Nun wurde sie zum verbindlichen Rahmen einer nationalen Geschichte, deren Ethos und Vision im Milieu der „Grenzer“ in der Folklore der Erweckungsbewegungen und in mythenhaften Selbstdarstellungen zum Ausdruck kamen, während die Barden der Ostküste – Männer wie Emerson, Whitman, Thoreau – ihre kosmopolitische Vergeistigung zelebrierten und die Begnadeten unter den Präsidenten – etwa ein Lincoln – sie dem Kairos, dem zukunftssträchtigen Augenblick, vermählten, bis sie in unserem eigenen Jahrhundert Schlagworten wie „American Dream“ zum Opfer fielen. Verfassung und nationale Geschichte standen weiterhin in enger Wechselwirkung. Einerseits konnte die Verfassung durch Zusätze modifiziert werden, andererseits war sie der Interpretation durch die neun Mitglieder des Obersten Bundesgerichtshofs unterworfen. Beide Vorgänge waren vom jeweiligen Zeitgeist sowie von den vorherrschenden Interessen einer Epoche abhängig. Gelegentliche, allzu eklatante Versuche der Exekutive, sich den Obersten Bundesgerichtshof gefügig zu machen, wurden von der dritten Regierungsgewalt, dem Parlament, zunichte gemacht. (Weder Franklin D. Roosevelt noch Richard Nixon waren imstande, durch Erweiterung der Mitgliederzahl des Gerichts bzw. durch Ernennung gefügiger Richter die grundlegende Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit im Sinn eigener politischer Vorstellungen zu zerstören.)

Die ersten fünf Präsidenten gehörten jener Generation der Verfassungsväter an, für die Besitz eine gegebene Tatsache war, die es zu verteidigen und zu erweitern galt, nicht zuletzt weil sie als Vorbedingung der Selbstverwirklichung des freien Menschen angesehen wurde. Andrew Jackson (1829–1837) hingegen vertrat die Menschen an der „Grenze“, deren Selbstverwirklichung identisch war mit dem Überlebenskampf gegenüber einer noch ungezähmten Natur. Hier war Geschichte – die des einzelnen wie die der Überlebens- und Erlebnismgemeinschaften – wahrlich wiederkehrender Neubeginn. Persönlich impulsiv, gesellschaftlich mobil, schufen die „Grenzer“ ad-hoc-Gemeinschaften, die erst mit der Zeit stabile Glieder in einer Kette von Regierungseinheiten wurden, die, jeweils von der Zustimmung der Betroffenen getragen, über die Grafschaft und den Bundesstaat bis zur Nationalregierung reichten. Gleichzeitig wuchsen aus den zahlreichen Erweckungsbewegungen religiöse Gemeinschaften, die eine Demokratisierung und Universalisierung des kalvinistischen Erwählungsgedankens und eine besonders lebendige Form der Entscheidungsbefugnis aller Beteiligten verwirklichten. Vielleicht lag die besondere Bedeutung Jeffersons darin, daß er die Selbstverwirklichungskonzeptionen des gebildeten Grundbesitzers mit denen des freiheitlich-strebenden Mannes an der „Grenze“ verband und somit zum Symbol eines breiten Spektrums der amerikanischen Gesellschaft und Geschichte wurde.

Die soziale Umschichtung, die während der Präsidentschaft Jacksons zum Ausdruck kam und von manchen Historikern als „zweite amerikanische Revolution“ bezeichnet wird, erlaubt uns noch nicht, von Klassen zu sprechen. Gewiß gab es schon zur Zeit der „ersten“ Revolution Interessenkonflikte, etwa zwischen den radikalen Handwerkern Bostons und den konservativen Handelsherren Neuenglands; aber selbst der Kampf Jacksons gegen die „First National Bank“, der die Abhängigkeit der Menschen an der „Grenze“ von den Krediten der Geldgeber im Osten widerspiegelte, entsprach nicht der Situation von „Lohnabhängigen“, die sich gegen die erdrückende Übermacht des „Kapitals“ zur Wehr setzen. Denn selbst die „indentured serfs“, Einwanderer, die ihre Überfahrt durch einen meist auf sieben Jahre befristeten Knechtschaftsvertrag finanzierten, waren nur Abhängige auf Zeit. Der einzelne – „Grenzer“, Handwerker, Unternehmer – war davon überzeugt, daß er durch eigene Tüchtigkeit und mit ein wenig Glück aus jeder Situation, die seine Entwicklung bedrohte, ausbrechen könne. Der Gedanke an einen historischen Zwang, an eine vorgegebene Mitgliedschaft in einer Klasse und an ein damit verbundenes notwendiges Schicksal, war ihm fremd.

Sklavenfrage und Nord-Süd-Konflikt

Kann man zwischen Unabhängigkeitsbewegung und Bürgerkrieg (1861–1865) noch kaum von Klassen sprechen, so waren schon lange vor der Unabhängigkeit sowohl Sklavenhandel als auch Sklaverei Teile der amerikanischen Wirklichkeit. Jefferson, obgleich selbst Besitzer von Sklaven, hatte federführend für die Kommission, die die

Unabhängigkeitserklärung entwerfen sollte, folgenden Absatz als einen der wichtigsten Anklagepunkte gegen den englischen König entworfen: „Er hat einen grausamen Krieg gegen die menschliche Natur geführt, in dem er die heiligsten Rechte auf Leben und Freiheit der Mitglieder eines fernen Volks verletzte, die ihm niemals etwas angetan hatten und die er gefangen nahm und als Sklaven in eine andere Hemisphäre bringen ließ.“ Der Absatz wurde jedoch von seinen Kollegen gestrichen. Die Verfassungsgebende Versammlung ihrerseits mußte sich mit unterschiedlichen Interessenlagen in den einzelnen Teilen des Landes auseinandersetzen. Im Norden hatte sich die Sklaverei wegen der Beschaffenheit des Bodens, aber auch wegen des Angebots billiger europäischer Arbeitskräfte nie sonderlich entwickelt. Dagegen blühte der Sklavenhandel in offener Konkurrenz mit Spaniern, Portugiesen und Holländern. Man kam überein, daß er ab 1808 eingestellt werden sollte.

Die Sklaverei wiederum spielte im Wirtschaftsleben des Südens eine wichtige Rolle, wenngleich ihre Dominanz im „alten Süden“ und ihre Ausbreitung auf neue Territorien erst ein oder zwei Dezennien später durch eine für die Baumwollernte wichtige Erfindung zum vollen Ausdruck kam. Die Vertreter des Nordens in der Verfassungsgebenden Versammlung wollten bei der Festsetzung der Anzahl der Volksvertreter des Südens die Zahl der Sklaven so gering wie möglich halten, die Vertreter des Südens plädierten im entgegengesetzten Sinn. Der Kompromiß, auf den man sich einigte und der in die Verfassung einging, sah vor, daß ein Sklave gleich drei Fünftel eines Weißen gezählt werden sollte. Zur „philosophischen“ Verteidigung dieser im Widerspruch zur Grundthese der Unabhängigkeitserklärung von der Gleichheit aller Menschen stehenden Entscheidung führte man John Lockes Gedanken über den Besitz an: Besitz war unveräußerliches Naturrecht; der Sklave war also ein Ding und kein menschliches Wesen; er konnte somit keinen Anspruch auf die Rechte eines solchen haben.

Der Konflikt zwischen den Süd- und Nordstaaten, der im Bürgerkrieg seinen Höhepunkt erreichte, war im Verständnis Lincolns und seiner Freunde eine Integrationskrise, wobei wiederum historisch-kulturelle und philosophisch-institutionelle Elemente eine Rolle spielten. Im Süden entsprach die historisch-kulturelle Integration dem Denken und der Lebensweise einer relativ geringen Anzahl von Sklavenbesitzern, die diese dem Denken und dem Arbeitsstil der Yankeeunternehmer entgegenstellten. Der äußere Anlaß des Bürgerkriegs war dann der Streit darum, in welcher Form die neu-besiedelten Territorien im heutigen Mittleren Westen als Staaten der Union einverleibt werden sollten. Dabei ging es oberflächlich um den Status der Sklaverei, hintergründig um das Problem der Schutzzölle, wobei die Interessen des Nordens und des Südens entgegengesetzte Ziele verfolgten. Was die Verfassung betraf, also die philosophisch-institutionelle Integration, so war der Norden davon überzeugt, daß sich die Bundesstaaten ein für allemal für die Union entschieden hatten und daß jeder Versuch eines Mitgliedsstaats, auszuscheren, die Verfassung verletzte; der Süden dagegen sah im Bund das Resultat eines Gesellschaftsvertrags zwischen Mitgliedsstaaten, der, freiwillig eingegangen, auch freiwillig wieder gekündigt werden konnte.

Wirtschaftliche Expansion

Auf den Sieg des Nordens im Bürgerkrieg folgte eine Epoche wirtschaftlicher Expansion, die sich vor allem auf billige Arbeit – es war die Zeit der Masseneinwanderungen –, auf noch unausgebeutete Vorkommen von Rohmaterialien und auf wachsende Bedürfnisse stützen konnte. Dabei half eine weitverbreitete praktische Intelligenz sowie die fast absolute Freiheit von Regierungskontrollen und von historisch gefestigten sozialen Strukturen: dem sich wie ein Steppenbrand ausbreitenden amerikanischen Kapitalismus standen weder feudale Ordnungen noch absolutistische Staatsgebilde im Weg. Die Methoden der Selbstbehauptung an der „Grenze“ wurden ohne weiteres auf die Bedingungen der Industriegesellschaft angewandt. Anstelle der beiden bisher erwähnten Besitz- oder Erwerbsformen – entsprechend den Auffassungen von Natur als gegebener Ordnung oder als Gegner (aber auch als Instrument) im Kampf um die Selbstbehauptung – trat nun eine dritte Form: die Nutzung der Natur durch die industrielle Verarbeitung von Rohstoffen. Gleichzeitig entstanden neben dem Typ der ad-hoc-Gemeinschaften die großen Konzerne mit einem wesentlich geringeren Grad an Mitentscheidungsmöglichkeiten für die Masse der Beteiligten.

Die große Mehrzahl der neuen Einwanderer aus den ländlichen Armutsgegenden Ost- und Südeuropas erfuhr jetzt ihre Integration in das amerikanische Leben nicht mehr durch gemeinsame Erlebnisse an der „Grenze“, sondern in den Slums der Großstädte durch Hilfeleistungen sozialer Organisationen, die meist von Personen gleichen ethnischen Ursprungs geleitet wurden. Dem erreichten Grad der Assimilation entsprach dann der Grad der wirtschaftlichen und menschlichen Möglichkeiten.

Die offizielle Ideologie der erfolgreichen Unternehmer des späten 19. Jahrhunderts war der Sozialdarwinismus, eine zeitgemäße säkularisierte Form des ursprünglichen Calvinismus. Die „Räuberbarone“ sahen es damals als unsozial, ja als unmoralisch an, den Armen zu helfen, denn Armut erschien ihnen als klares Zeichen von mangelndem Fleiß. Allerdings sind uns sowohl Spencer als auch Carnegie eine Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie der Anspruch des „survival of the fittest“ mit der Verpflichtung des „consent of the governed“ zu versöhnen sei. Es war das „social gospel movement“ – mit seiner Betonung der sozialen Verantwortung des Christenmenschen –, welches versuchte, die Exzesse des „big business“ durch eine Erweiterung der Regierungskompetenzen einzudämmen, d. h. die fehlende Gleichheit der Chancen durch Gesetzgebung wiederherzustellen. Die einst proklamierte rein prozedurale Auffassung der Regierung wich somit der Notwendigkeit, ihr substantielle Kompetenzen einzuräumen. So entstand eine Vielfalt von Bürokratien, angefangen 1887 mit der „Interstate Commerce Commission“, die „big business“ durch „big government“ zu kontrollieren suchte.

Besonders auf den Gebieten der Außenpolitik und des Außenhandels wurde es im Lauf der Zeit immer problematischer, den schon in der ursprünglichen Laissez-faire-Konzeption angelegten wirtschaftlichen Drang nach Expansion und die außenpoliti-

schen Unternehmungen, die der Unterstützung dieser Expansion dienen sollten, unter demokratische Kontrolle zu bringen. Abgesehen von Ausnahmen wie der imperialistischen Annexion von Kuba und den Philippinen, von Hawaii und Porto Rico im Krieg gegen Spanien begnügte sich der wirtschaftliche Expansionismus der Vereinigten Staaten im Gegensatz zum klassischen europäischen Imperialismus damit, bestehende Regime zu stützen, um die Yankeeinteressen durch Nutzung billiger Arbeitskräfte und Rohmaterialien sowie die Investitionsgewinne zu sichern.

Bei den massiven militärischen Expeditionen Amerikas in unserem Jahrhundert ging es nicht mehr wie einst um die Profilierung der Neuen Welt im Gegensatz zur Alten, sondern um die Rettung gemeinsamer abendländischer und demokratischer Werte. Solche Expeditionen hatten jeweils schwerwiegende Konsequenzen auch im Innern Amerikas. Das militärische Patt im Koreakrieg z. B. förderte die Dolchstoßlegende eines Joe McCarthy und erlaubte ihm, das „liberal establishment“ wegen angeblicher Sympathie für den Kommunismus in Verruf zu bringen und damit sein Ende vorzubereiten. Im Vietnamkrieg war es fast umgekehrt: Die Kritik an den Undurchsichtigkeiten der amerikanischen Politik und Kriegführung vor allem von seiten junger Menschen hielt Johnson von einer weiteren Kandidatur für die Präsidentschaft ab und trug dazu bei, Nixon zum Rückzug aus Vietnam zu veranlassen. Wichtiger noch: Ein Präsident, der im Namen der nationalen Sicherheit die Macht der Exekutive weit über die ihr von der Verfassung gesteckten Grenzen hinaus entwickelt und die Politik von ihrem notwendigen Pendant, der Ethik, getrennt hatte, wurde durch die Initiative einer Handvoll Bürger in seinen Machenschaften ertappt und gezwungen, sein Amt zur Verfügung zu stellen. General Eisenhowers berühmte Warnung vor dem „military-industrial complex“ wurde endlich ernst genommen.

Die Vereinigten Staaten vor den Problemen unserer Zeit

Betrachtet man die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten versuchten, sich mit einigen ihrer Schwierigkeiten und Widersprüche auseinanderzusetzen, so muß man feststellen, daß sich das, was gelegentlich als Widerspruch erscheint, bei näherem Zusehen als einfache Ambiguität entpuppt. Als Beispiel möge die heutige Einstellung Institutionen oder Parteien gegenüber dienen. Wir beobachten einerseits eine starke anti-institutionelle Tendenz gegen die wachsende Macht der Regierungsbürokratien oder der großen Konzerne, andererseits berechtigten Stolz auf das hervorragende Funktionieren von Institutionen wie Pressefreiheit oder Unabhängigkeit der Gerichte etwa während der Watergate-Affäre. Das ist kein Widerspruch, da es sich um zwei vollständig verschiedene Typen von Institutionen handelt. Ähnliches gilt von den politischen Parteien: Auf nationaler Ebene besteht ein starkes Mißtrauen gegen Politik im allgemeinen und gegen die großen Parteien im besonderen. Die Dominanz nationaler Fernsehnetze hat angeblich die klassische Vermittlerrolle der Parteien weitgehend ver-

drängt. Andererseits ist ein Kandidat für den Senat oder das Repräsentantenhaus immer noch relativ unabhängig von seiner Partei und allein den Bürgern seines Wahlkreises verantwortlich. Gerade die Vorwahlen fördern unmittelbare Kontakte mit der Bevölkerung und werden nur geringfügig durch die Massenmedien beeinflusst.

In der neueren Geschichte der Vereinigten Staaten kann man eine Anzahl von mehr oder minder spezifisch amerikanischen Methoden feststellen, Probleme aufzuspüren und Lösungen zu versuchen. Neben einer Literatur, die zeitlose und zeitgebundene Widersprüche im Dasein des Menschen beschreibt und mit Leidenschaft zu verändernder Aktion aufruft – man denke an die schwarze Literatur, an einen Ellison, einen Baldwin, einen Cleaver –, gibt es das Genre der philosophischen oder soziologischen Kulturkritik. Freilich pflegt man in Amerika den Begriff Kultur im allgemeinen nicht auf die Hochkultur einer gebildeten Oberschicht, auf die zeitlosen Werke einer Epoche zu beschränken, sondern man dehnt ihn gern auf den alle Aspekte der Gesellschaft umfassenden „way of life“ aus. Dies bedeutet, daß es in Amerika keinen Spengler oder Burckhardt gibt; daß historischer Materialismus als Methode der Aufdeckung von „systemimmanenten Widersprüchen“ nur sporadischen Gebrauch gefunden hat (gegen Ende des 19. Jahrhunderts während der meist von europäischen Intellektuellen geleiteten Arbeitskämpfe oder in unserem Jahrhundert zu Beginn der großen Depression). An der Stelle der Freilegung einer unerbittlichen kultur-, sozial- oder wirtschaftsgeschichtlichen Logik steht bei der Mehrzahl der amerikanischen Sozialwissenschaftler, Publizisten und Politiker die Beschäftigung mit konkreten Problemen, die jedoch meist die Frage implizieren, inwieweit die tatsächlichen Umstände einer Zeit einem wenigstens gefühlsmäßig akzeptierten zeitlosen Naturrecht entsprechen.

In der Praxis hat sich daraus eine Vielfalt freiwilliger Organisationen entwickelt. So gab es die sogenannten „Dritten Parteien“ (z. B. die „Progressives“), die selbst meist keine unmittelbare Macht auf der nationalen Szene ausübten, aber nicht selten ihre Reformideen den großen Parteien als Grundlage späterer Gesetzgebung nahelegten. Heute sind es Männer wie Ralph Nader und John Gardner, die Skandale aufdecken und vor Gericht oder Kongreßausschüssen die Interessen der Allgemeinheit gegen die besonderen Interessen der Mächtigen vertreten. Nicht zuletzt seien jene Präsidentschaftskandidaten genannt, die immer wieder Amerikas Glauben an seine ursprünglichen Werte zu artikulieren versuchen: Eugene McCarthy, dessen Anhänger vor den Toren der Konvention seiner Partei von den Polizisten des Oberbürgermeisters von Chicago niedergeknüppelt wurden; George McGovern mit seiner Parole „come home, America“, in dessen Hauptquartier sein republikanischer Gegner Richard Nixon einbrechen ließ; Jim Carter, von dem wir bisher nicht viel mehr wissen, als daß er Jeffersons Ideal von der Unabhängigkeit des Menschen auf eigener Scholle mit dessen Streben nach philosophischer und religiöser Allgemeinbildung verbindet.

Natürlich ist die Welt, in der sich Amerika heute zu bewähren hat, radikal verschieden von derjenigen, in der es seine Unabhängigkeit erkämpfen mußte. So bezieht es im Gegensatz zu seiner frühen Geschichte keine wesentlichen Ideen von Europa. Europa

bedeutet für Amerika gleichzeitig wirtschaftliche Konkurrenz und Partnerschaft auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. Vollständig neu ist die ideologische Konkurrenz von seiten der Großmacht Sowjetunion. Ebenso unbefriedigend und voll von Gefahren für die Existenz Amerikas ist sein Verhältnis zur Dritten Welt. Viele Amerikaner hätten gern die antikolonialen Bewegungen als Fortsetzung ihrer eigenen antikolonialen Revolution gesehen. Der „consent of the governed“ hätte als gemeinsamer Schlachtruf dienen können. Allein Amerika mußte erkennen, daß wirtschaftliche und technische Hilfe an die Dritte Welt die vorhergegangene Geschichte der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und Rohmaterialien keineswegs vergessen ließ; daß in der entkolonisierten Welt der „consent of the governed“ wenigstens fürs erste die Form plebiszitärer „Demokratien“ unter der Leitung von Volkstribunen und Militärjuntas annimmt. Denn im Gegensatz zur Gründung Amerikas, die einen freiwilligen Gesellschaftsvertrag auf einem leeren Kontinent ermöglichte, handelt es sich hier um Machtvakuen innerhalb von Staatsgrenzen, die während der europäischen Kolonialherrschaft willkürlich bestimmt worden waren, und um Formen der kulturellen Integration, die häufig den Gegebenheiten vorhistorischer Stammesverbände entspricht.

Auch was den heutigen Stand der Technologie betrifft, ist es schwer zu sehen, in welcher Weise der „consent of the governed“ zum Tragen kommen soll. Fast überall in der Welt ist ein Niedergang der politischen Vernunft festzustellen, zusammen mit dem Primat des technischen Verstands, der sich dem Willen zur Macht zur Verfügung stellt. Dazu kommt die technokratische Tendenz, anstelle der Legitimation der Entscheidungsträger durch den „consent of the governed“ Legitimation auf Grund von Wissen zu proklamieren. Darüber hinaus besteht in den hochentwickelten Industrieländern kaum noch ein menschliches Band zwischen oberstem Management und den durch die letzte Entwicklung der Technologie überflüssig gewordenen Arbeitern.

Der amerikanische Kapitalismus, Erbe der Laissez-faire-Philosophie, ist an Grenzen gestoßen, die er aus sich heraus kaum zu überwinden vermag: der Niedergang der Städte, die Armut im eigenen Land, die Energiekrise, mangelnde Sicherheit des Zugangs zu Rohmaterialien in fremden Ländern, fehlende Garantien für Investitionen selbst in einigen der heute Amerika noch freundlich gesinnten Länder. Dies führt eine wachsende Anzahl von Amerikanern dazu, sich wieder mit den Anfängen ihrer nationalen Geschichte und deren führenden Persönlichkeiten zu beschäftigen. 1815 hatte Jefferson geschrieben: „Die Herrschaft der Banken muß gebrochen werden oder sie wird uns brechen.“ 1816 äußerte er die Überzeugung, daß Bankinstitute gefährlicher seien als Berufsarmeen. Der Kapitalismus scheint für ihn nicht eine notwendige Vorbedingung gewesen zu sein für das Recht des einzelnen auf Selbstverwirklichung oder für das Wohlergehen der Gemeinschaft. Anstelle des uneingeschränkten Fortschrittsglaubens des letzten Jahrhunderts (mit dem ihm eigenen Raubbau der Naturschätze) ist in letzter Zeit eine gewisse Umweltfreundlichkeit getreten und die Absicht, das zu bewahren, was dem Menschen einst als Aufgabe anvertraut worden ist. Ein ökologisches Denken greift um sich, das schon in den frühen Stadien der Industrialisierung

Amerikas von Männern wie Thoreau oder Emerson vertreten wurde. Die heute in wachsendem Maß praktizierte Rückkehr zu puritanischer Selbstbescheidung, zur Überzeugung, daß nur wer einfach lebt, seiner Berufung gerecht werden kann, entspricht ebenso sachlichen Notwendigkeiten wie die puritanische Polemik im 18. Jahrhundert gegen Überkonsumtion den politischen Notwendigkeiten, den „Nicht-Einfuhrvereinbarungen“ der Kolonisten gegenüber den Engländern, entsprochen hatte. Anstelle eines „außengesteuerten“ wachsenden Konsums soll eine „innengesteuerte“ Konsumaskese treten. Dies entspricht in etwa dem Gesellschaftsvertrag selbst, also der Verwirklichung von Gesellschaft und Person durch Selbstbeschränkung anstelle der Selbstverherrlichung des Individuums durch einen grenzenlosen Willen zur Macht. Neben den drei Formen von Besitz, die wir bisher in der amerikanischen Geschichte angetroffen haben, könnte sich eine vierte, unserer Zeit angemessenere, entwickeln.

Das wichtigste Problem für viele Amerikaner ist heute wie vor 200 Jahren das Problem der Beziehung zwischen Macht und Ethik, das seit „Watergate“ oft allzu vereinfacht als die Frage der Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative aufgetreten ist. Der Kongreß hat dem absoluten Machtanspruch der Exekutive (mit ihren unlauteren Praktiken) seinen ebenso absoluten Anspruch auf den Primat der Ethik und der absoluten Verfassungstreue gegenübergestellt. In diesem Zusammenhang scheint eine Mehrzahl der Amerikaner eine kurzfristige Reduktion der Effektivität der Macht zugunsten einer langfristigen Erhöhung der Glaubwürdigkeit der Macht in Kauf zu nehmen. Europäer neigen, wie wir wissen, dazu, die amerikanische Haltung als typischen Ausdruck amerikanischer Naivität zu sehen. Sie vertreten dabei eine kurzfristige, angeblich „realpolitische“ Anschauung, wobei sie gern das Debakel Angola erwähnen. Allerdings vergessen sie dabei, daß es vielleicht gerade diese kurzfristige, ihre eigene Tradition verleugnende Einstellung ist, die es ihnen bisher unmöglich gemacht hat, sich mit allen nur denkbaren Kräften dafür einzusetzen, Europa in eine überlebensfähige, kulturelle und soziale Einheit zu verwandeln.

Die Grundtatsache der Unabhängigkeitsbewegung, nämlich die Abhängigkeit der Lebendigkeit und der Lebensfähigkeit der philosophisch-institutionellen Integration, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung und Verfassung zutage tritt, von der historisch-kulturellen Integration ist heute wichtiger denn je. Natürlich impliziert die historisch-kulturelle Integration sowohl Kontinuität als auch Wandel. So ist z. B. die „folk culture“ der Grenze unter Mitwirkung der Massenmedien zum Kern einer vielseitigen musikalischen und lyrischen Kultur geworden, die nicht nur in Amerika, sondern auch in anderen Teilen der industrialisierten Welt Träume und Enttäuschungen junger Menschen in fast archetypischer Weise widerspiegelt. Noch wichtiger ist vielleicht die Tatsache, daß heute anstelle von Integration im Sinn des Primats der spezifisch anglo-amerikanischen Kultur neue Formen von ethnischem Pluralismus getreten sind.

Ganz allgemein läßt sich sagen, daß die Zukunft Amerikas in erster Linie nicht von der „cleverness“ seiner Regierenden abhängen wird, sondern nach wie vor von den historisch gewachsenen „decent instincts“ seiner Bevölkerung.